

## NIEDERSCHRIFT

### 8. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 03.11.2015
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:25 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

---

Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion

Herr Stv. Franz-Josef Altdorf - SPD-Fraktion

Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion

Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion

Herr Stv. Marcel Gandelheidt - SPD-Fraktion

Frau Stv. Birgit Graf - SPD-Fraktion

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion

Herr Stv. Sadi Ünal - SPD-Fraktion

Herr Stv. Dr. Andreas Brandt - CDU-Fraktion

Herr Stv. Günther Offermanns - CDU-Fraktion

Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU/FDP-Fraktion

Vertretung für: Herrn Guido Leufgens

Herr Stv. Oliver Schmidt-Schwan - Ohne Parteizugehörigkeit

#### **Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 58 (3) GO NRW:**

Herr Ralf Marleaux - CDU

Herr Hartmut Malecha - GRÜNE

#### **Beratende Mitglieder gem. § 58 (4) GO NRW:**

Frau Manuela Armann-Matuszak - CDU

Vertretung für: Herrn Franz-Dieter Lothmann

Herr Johann-Josef Kuntz - GRÜNE

#### **Abwesend waren:**

Herr Guido Leufgens - ABU/FDP

entschuldigt

Herr Franz-Dieter Lothmann - CDU

entschuldigt

Herr Guido Gebauer - ABU/FDP

entschuldigt

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung  
Vorlage: 2015/0408/1.1
2. Fragestunde für Einwohner gem. § 17 der Geschäftsordnung  
Vorlage: 2015/0409/1.1
3. Bericht der Verwaltung  
Vorlage: 2015/0410/1.1
4. Vorstellung der NaturErlebnis-Werkstatt Alsdorf  
Vorlage: 2015/0318/2.3
5. Diverse Straßenbauprojekte von Straßen.NRW im Stadtgebiet Alsdorf  
hier: Sachstandsberichte zu laufenden und geplanten Maßnahmen  
Vorlage: 2015/0441/4.3
6. Bebauungsplan Nr.336 – Pommernstraße
  - a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der informellen Bürgerversammlung
  - b) Billigung des Bebauungsplanes Nr.336 - PommernstraßeVorlage: 2015/0404/2.1
- 6.1. Bebauungsplan Nr.336 – Pommernstraße
  - a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der informellen Bürgerversammlung
  - b) Billigung des Bebauungsplanes Nr.336 - Pommernstraße

hier: Ergänzende Anregungen und Bedenken mit Schreiben vom 25.10.2015  
Vorlage: 2015/0404/2.1-1
7. Widmung eines Teilbereiches der "Franz-Engländer-Straße"  
Vorlage: 2015/0368/4.1
8. Anfragen und Mitteilungen  
Vorlage: 2015/0411/1.1

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil:

---

zu 1      **Eröffnung der Sitzung**  
Vorlage: 2015/0408/1.1

---

#### Protokoll:

**Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum** begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/-innen, die

Mitarbeiter/-innen der **Verwaltung**

Frau Lo Cicero-Marenberg	Technische Beigeordnete
Herr Hermanns	Assessor
Frau Schaal	FG 2.1
Herr Dziatzko	FG 2.1
Frau Prömpers	FG 2.3
Herr Göttgens	FB 4
Frau Geßner	Schriftführung

und die **Gäste:**

Herr Prof. Dr. Thomas	GWG Städteregion Aachen zu TOP 6 ÖT
Frau Mo Hilgers	Naturerlebniswerkstatt zu TOP 4 ÖT
Frau Chrobak	Naturerlebniswerkstatt zu TOP 4 ÖT
Herr Sebastian	Landesbetrieb Straßenbau GmbH zu TOP 5 ÖT
Frau Kluth	Landesbetrieb Straßenbau GmbH zu TOP 5 ÖT
Frau Ascheid	Landesbetrieb Straßenbau GmbH zu TOP 5 ÖT
Herr Stv. Ingo Boehm	CDU-Fraktion
Herr Stv. Heidenreich	Grüne-Fraktion
Herr Stv. Nevelz	fraktionslos

Im Anschluss daran verliest er die Anwesenheitsliste. Nunmehr stellt **Herr Stv. Plum** fest, dass Einladung und Erläuterungen zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung fest.

Zunächst gibt der **Vorsitzende, Herr Stv. Plum** Folgendes zur Information:

#### Öffentlicher Teil:

#### Nachgereichte Erläuterungen:

**Nachgereicht** wurden die Erläuterungen zu

TOP 6:      Bebauungsplan Nr. 336 – Pommernstraße

=====

Im Anschluss hieran stellt **Herr Stv. Plum** die Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird einstimmig angenommen.

**Herr Stv. Offermanns, CDU-Fraktion**, meldet eine Anfrage für den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung an. Für den nichtöffentlichen Teil werden keine Anfragen angekündigt.

Nunmehr stellt **Herr Stv. Plum** die Frage, ob sich ein Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Das ist nicht der Fall.

---

**zu 2      Fragestunde für Einwohner gem. § 17 der Geschäftsordnung**  
**Vorlage: 2015/0409/1.1**

---

**Protokoll:**

**Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum**, schlägt den Anwohnern der Pommernstraße vor, beim entsprechenden Tagesordnungspunkt ihre Fragen zu stellen.

---

**zu 3      Bericht der Verwaltung**  
**Vorlage: 2015/0410/1.1**

---

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in den letzten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einmütig

---

**zu 4      Vorstellung der NaturErlebnis-Werkstatt Alsdorf**  
**Vorlage: 2015/0318/2.3**

---

**Protokoll:**

Die Pädagoginnen **Frau Mo Hilger** und **Frau Ilona Chrobak** stellen ihr Projekt „NaturErlebnisWerkstatt Alsdorf“ vor. Die Vorstellung des Konzeptes ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Im Anschluss werden von den Mitgliedern des Ausschusses, **Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, Herr Stv. Schmidt-Schwan, fraktionslos, Herr Stv. Plum, Vorsitzender des Ausschusses** und dem anwesenden Gast **Herr Stv. Boehm, CDU-Fraktion**, Fragen zur Finanzierung, Bewerbung des Projektes sowie zur Gestaltung der Fläche gestellt, die von den Projektbetreiberinnen unmittelbar beantwortet werden. Zusammenfassend befürwortet der Ausschuss das Projekt und wünscht weiterhin viel Erfolg.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Vertreterinnen der Natur-Erlebnis-Werkstatt Alsdorf zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einmütig

**Protokoll:**

**Herr Sebastian, Leiter der Abteilung 4 - Betrieb und Verkehr beim Landesbetrieb Straßenbau NRW**, stellt sich und die Damen Frau Ascheid – Außenstelle Würselen Projektleiterin Planung - und Frau Kluth - Abteilung Betrieb und Verkehr/ Grünpflege - dem Ausschuss für Stadtentwicklung vor.

Im Anschluss berichtet er zu nachfolgenden Maßnahmen im Stadtgebiet Alsdorf:

**1. Errichtung einer Stützmauer an der B57 Ortsausgang Richtung Würselen zwischen Theodor-Seipp-Straße und der Straße „Im Broichbachtal“**

Man habe in diesem Bereich zwischenzeitlich eine zwei streifige Umfahrung gebaut und dafür den Radweg sperren müssen. Aufgrund des starken Verkehrs auf der B57 wolle man eine einspurige Verkehrsführung vermeiden. Die Maßnahme sei angesichts beeinträchtigter Stützfunktion der dortigen Gebäudefassade erforderlich geworden, daher werde entlang der Bebauung eine Stützwand gebaut. Der Abschluss der Maßnahme sei für Dezember 2015 avisiert.

=====

**2. Fahrbahnsanierung und Kanalbau auf der Hoengener Straße (L47) zwischen Kreisverkehr Dachser und Eschweiler Straße**

Die Straße werde im I. Abschnitt im Vollausbau saniert. Sofern die Stadt Alsdorf beabsichtige, im Bereich Eschweilerstraße einen Kanal mit zu verlegen, habe man für den II. Abschnitt mit der Verwaltungsspitze avisiert in einer Gemeinschaftsmaßnahme 2017 die Fahrbahndecke zu erneuern. Sollte die Stadt dort keinen Kanal verlegen wollen, sei der Bereich vom Landesbetrieb Straßenbau im Jahre 2016 vorgesehen. In diesem Bereich werde aufgrund der vorhandenen Substanz nur die Deckschicht der Fahrbahn erneuert.

=====

**3. Ampelschaltung der Kreuzung Mariadorf Dreieck (L136/K10)**

Das Mariadorfer Dreieck sei bekanntermaßen fertig ausgebaut. Jedoch sei die Ampelschaltung noch nicht zufriedenstellend. Wahrscheinlich liege ein Fehler in der Signalplanung vor, dem man zur Zeit auf den Grund gehe. Diesbezüglich hätten bereits mehrere Termine stattgefunden und die ausführende Firma sei bereits beauftragt, nachzurüsten.

**Herr Malecha, Grüne-Fraktion**, erkundigt sich bzgl. der Baumaßnahme „Stützwand entlang der Würselener Straße“, wer diese Stützwand finanziere und inwieweit evtl. der Haldenfuss Druck auf die Häuser ausübe, so dass der EBV hier ebenfalls in Regress genommen werden könne.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, verneint dies und erläutert, dass ursächlich die jahrzehntelange Verkehrsbelastung sei, insofern werde diese Maßnahme zu 100% aus Bundesmitteln bezahlt. Die Gebäudewände seien in ihrer Stütz- und Tragfunktion nicht so ausgelegt, dass sie die Kräfte, die durch den ständigen vibrierenden Fahrzeugverkehr entstehen, aufnehmen können, die vorgelagerte Stützwand solle nun die Gebäude entlasten.

**Herr Stv. Schmidt-Schwan, Fraktionslos**, fragt nach, warum man keinen Hinweis zur Umleitung für den gesperrten Radweg aufgestellt habe.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, führt aus, dass dies leider anfangs versäumt wurde, mittlerweile sei die Radwegeumleitung verständlich ausgeschildert.

**Herr Stv. F. Brandt, CDU-Fraktion**, habe beobachtet, dass die Ampelschaltung Poststraße die Ampelschaltung am Mariadorfer Dreieck negativ beeinflusse.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, und **Herr Göttgens, FG 4.3**, führen aus, dass dieses Problem im Rahmen der Überprüfung der Signalprogrammierung ebenfalls analysiert werde.

**Herr Stv. F. Brandt, CDU-Fraktion**, schlägt alternativ vor, die Ampel an der Poststraße stillzulegen.

**Herr Göttgens, FG 4.3**, erklärt, dass man die Untersuchungsergebnisse abwarten müsse, allerdings würden auch die Baustelle des Landesbetriebes und der Städtereion Aachen zur Zeit atypische Verkehrslagen und Ausweichverkehre mit sich bringen.

**Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum** erkundigt sich nach einer möglichen Kreisverkehrslösung für diesen Bereich.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, führt aus, dass ein Kreisverkehr nicht leistungsfähig genug sei, um die Summe aller Fahrzeuge und Fußgänger in dieser Lage zu regeln.

**Herr Stv. Held, SPD-Fraktion**, bittet darum, die Rechtsabbiegespur aus Hoengen kommend auf der Jülicher Straße besser sichtbar zu machen, da es abends problematisch sei, diese zu sehen.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, erklärt, dass man diese Anregung bei den weiteren Überlegungen einbeziehen könne. **Herr Göttgens, FG 4.3**, ergänzt, dass man in diesem Bereich ggf. mit zusätzlicher Beleuchtung oder Barken arbeiten könne, da man das alte Ausbauende rechts optisch nicht deutlich wahrnehme.

**Herr Stv. Nevelz, Fraktionslos**, bittet im Hinblick auf einen besseren Verkehrsfluss darum, die Großbaustellen nacheinander abzuarbeiten.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, erklärt, dass dies für die zukünftigen Maßnahmen auch vorgesehen sei, es werde in Absprache mit der Stadt Alsdorf geplant und durchgeführt.

=====

## **Umbau der Kreuzung Kurt-Koblitz-Ring/Luisenstraße (B57/B221/L47)**

**Frau Ascheid, Landesbetrieb Straßenbau**, erläutert die Planung zum Ausbau des Knotenpunktes Kurt-Koblitz-Ring. Diese ist der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

**Herr Malecha, Grüne-Fraktion**, erkundigt sich nach der geplanten Ampelschaltung und nach einer wünschenswerten kompletten grünen Welle für den Kurt-Koblitz-Ring.

**Frau Ascheid, Landesbetrieb Straßenbau**, erklärt, dass die Ampelschaltung mit dem Umbau komplett neu geplant werde.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, weist darauf hin, dass durch die Maßnahme die Sicherheit in diesem Bereich verbessert werde und nicht die Leistungsfähigkeit. Zudem werde der Ast der B221 mit Wirkung vom 01.01.2016 zur Kreisstraße abgestuft, so dass der Auftrag noch in diesem Jahr vergeben werde müsse, damit der Bund seinen Anteil hierfür bezahle. Somit übernehme der Bund dann 3 von 4 Ästen (ca. 70 - 80% der Maßnahme).

**Herr Stv. F. Brandt, CDU-Fraktion**, fragt nach, wie lange die Maßnahme dauern werde und mit welchen Behinderungen zu rechnen sei.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, erklärt, dass eine Bauzeit von 4 Monaten vorgesehen sei. Dabei müssen jedoch eine Vielzahl von Versorgungsleitungen aus dem Randbereich verlegt werden, gerade diese Arbeit sei sehr zeitintensiv. Es seien diverse Sperrungen für die Baumaßnahme erforderlich: 2 Monate werde die eine Richtungsfahrbahn gesperrt und in den Gegenverkehr verlegt, dann solle ein Ast unter Vollsperrung abgebunden werden. In einem weiteren Abschnitt solle der Bereich als T-Einmündung komplett geöffnet und für den Verkehr in der Luisenstraße gesperrt werden.

**Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum** erkundigt sich nochmals nach der Grünen Welle, die es auf dem Kurt-Koblitz-Ring seiner Meinung nach noch nie gegeben habe.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, erklärt, dass die B57 als Grüne-Welle-Schaltung avisiert sei und seines Wissens nach auch als solche betrieben werde.

**Frau Ascheid, Landesbetrieb Straßenbau**, erläutert, dass die Grüne-Welle aufgrund der vorliegenden Verkehrslage nur bedingt funktioniere. Die Grüne-Welle sei aber durchgehend programmiert.

**Der Vorsitzende Herr Stv. Plum**, bittet darum, die untergeordneten Kreuzungen auf die Hauptkreuzungen abzustimmen, so dass die Grüne-Welle funktioniere.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, bedankt sich für den Hinweis und sichert eine diesbezüglich Überprüfung der Signalplanung zu.

=====

## **Rückschnitt/Grünpflege entlang des Kurt-Koblitz-Rings (B57)**

**Frau Kluth, Landesbetrieb Straßenbau**, erläutert die geplanten Maßnahmen zum Rückschnitt/Grünpflege entlang des Kurt-Koblitz-Ringes. Der Vortrag ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

**Herr Stv. Heidenreich, Grüne-Fraktion**, bittet darum, die Grünkulisse entlang des Kurt-Koblitz-Ringes an der B57 weitestgehend zu erhalten. Er fragt nach, welche Maßnahmen vorgesehen seien, damit eine vernünftige grüne Stadtansicht erhalten bleibe und wie mit den alten, in die Jahre gekommenen Lärmschutzwänden und darauf nun freigelegten Graffiti umgegangen werde und wer die eventuellen Säuberungsmaßnahmen der Lärmschutzwände jetzt und zukünftig bezahle. Außerdem bittet er das Umweltamt der Stadt Alsdorf um Stellungnahme.

**Frau Prömpers, FG 2.3**, führt aus, dass zwischenzeitlich eine Begehung mit Frau Kluth, Herrn Sebastian und Dr. Eilermann vom Landesbetrieb Straßenbau stattgefunden habe. Auch die Verwaltung bedaure das Ausmaß der geplanten Rückschnittarbeiten am Kurt-Koblitz-Ring, da dies ein schönes grünes Entree für die Stadt Alsdorf sei. Aus Sicht der Stadt soll so viel Grün wie möglich erhalten bleiben, jedoch müsse man sich dem beugen, da laut Auskunft des Landesbetriebs Straßenbau die Maßnahmen und Bauwerksprüfungen unbedingt erforderlich seien, weil sonst bauliche Schäden zu befürchten seien. Dies betreffe insbesondere die Wände mit Kletterpflanzen. Man habe sich darauf geeinigt, dass große Gehölze, nach Möglichkeit geschont werden. Viele Sträucher müssen tatsächlich zurückgenommen werden, was seitens der Stadt sogar als positiv angesehen werde, da dadurch der Strauchbestand wieder verjüngt werde. Wenn die Maßnahme durchgeführt worden sei, sollten sich Politik und Verwaltung dafür einsetzen, dass die Pflege nicht mehr über einen so langen Zeitraum vernachlässigt werde. Dann sollte ein solch radikaler Eingriff nicht mehr erforderlich sein.

**Herr Stv. Mortimer, ABU-FDP-Fraktion**, bittet darum, diese Grünkulisse so weit wie möglich zu erhalten, denn diese Straße sei das Eingangstor zu Alsdorf.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, erklärt, dass man nach neuestem Merkblatt eine selektive Gehölzpflege durchführen werde, wo einzelne Bereiche auf den Stock gesetzt werden, um das Lichtraumprofil wieder herzustellen. Das Freilegen der Lärmschutzwände werde natürlich ins Auge fallen und obliege danach einer 3-6 jährigen Überprüfung. Diese radikale Maßnahme sei jedoch notwendig, da bereits Schäden an den Wänden festgestellt wurden. Zudem weist er noch auf einen Bereich am Ende der Würselener Straße hin, dort habe sich an den rückwärtigen Gärten eine Bepflanzung mit Bäumen, die weit über 20 Meter hoch seien, entwickelt. Infolge einer Standsicherheitsüberprüfung müssten einige dieser Bäume mit schwerem Gerät über die Lärmschutzwand herausgenommen werden. Die Bedenken könne er gut nachvollziehen und deshalb habe im Vorfeld diese Begehung stattgefunden.

**Herr Stv. Schmidt-Schwan, Fraktionslos**, weist darauf hin, dass die Radwege in diesem Bereich sehr intensiv genutzt werden und bittet um vernünftige Umleitungen.

**Herr Malecha, Grüne-Fraktion**, schlägt ein lediglich selektives Freilegen der Lärmschutzwände vor. Die Maßnahme würde jetzt spätestens alle 3-6 Jahre wiederholt, dennoch solle das grüne Entree bestmöglich erhalten bleiben. Er bittet, die Maßnahme seitens der Verwaltung mit zu begleiten. Zum Abschluss bittet er darum, die Frage des Herrn Stv. Heidenreich bzgl. der Reinigung Lärmschutzwände zu beantworten und schlägt vor, die Lärmschutzwände, mit kleineren nicht schädigenden Kletterpflanzen, wie Knötterich, zu bepflanzen.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, erklärt, da diese Wand in den Zuständigkeitsbereich der Bundesstraßenbauverwaltung falle, diese werde auch für die Säuberung Sorge tragen. Wenn fremdenfeindliche Parolen gesprüht werden, müsse der Landesbetrieb dort sofort tätig werden. Eine Grundreinigung erfolge, wenn Graffiti zu sehr ins Auge fallen.

**Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum**, merkt zur Pflege des Mittelstreifens auf dem Kurt-Koblitz-Ringes an, dass die erhoffte Erleichterung der Reinigung nach den Umbaumaßnahmen für den Bauhof der Stadt Alsdorf nicht eingetreten sei.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, merkt an, dass der Landesbetrieb laut Leistungsheft des Bundes eine zweimalige Pflege im Frühjahr und August durchzuführen habe. Er pflichtet bei, dass der Endzustand nach dem Umbau tatsächlich kein besseres Bild biete als der vorherige Zustand. Man stelle Überlegungen an, wie man dort nachbessern könne.

**Herr Stv. F. Brandt, CDU-Fraktion**, fragt nach, wer nun für die Pflege des Mittelstreifens zuständig sei und wer die Kosten dafür trage.

**Herr Sebastian, Landesbetrieb Straßenbau**, erklärt, dass der Landesbetrieb den Streifen zweimal im Jahr pflege, eine darüberhinausgehende Pflege sei nicht möglich. Wenn die Stadt hier mehr wünsche, obliege es ihr, dies selbst vorzunehmen, ggf. könne man der Stadt die Reinigung zweimal vergüten.

**Frau Lo Cicero-Marenberg, Technische Beigeordnete**, weist darauf hin, dass die Stadt über die zweimalige Pflege seitens des Straßenbaulastträgers hinaus bereits zusätzliche Pflege betreibe. Es gebe eine entsprechende Vereinbarung, wonach die Stadt Alsdorf die zusätzliche Pflege nach Bedarf übernehme.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Sachstandsberichte von Straßen NRW zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einmütig

---

zu 6      **Bebauungsplan Nr.336 – Pommernstraße**  
a) **Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der informellen  
Bürgerversammlung**  
b) **Billigung des Bebauungsplanes Nr.336 - Pommernstraße**  
Vorlage: 2015/0404/2.1

---

zu 6.1    **Bebauungsplan Nr.336 – Pommernstraße**  
a) **Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der informellen  
Bürgerversammlung**  
b) **Billigung des Bebauungsplanes Nr.336 - Pommernstraße**  
hier: **Ergänzende Anregungen und Bedenken mit Schreiben vom 25.10.2015**  
Vorlage: 2015/0404/2.1-1

---

#### **Protokoll:**

**Herr Professor Thomas, GWG Städteregion Aachen**, erläutert den Mitgliedern des Ausschusses die geplante Bebauung, die Vortragsfolien sind der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, erläutert im Anschluss die städtebauliche Fortentwicklung des Entwurfes. Nach der Bürgerbeteiligung habe die Verwaltung sich mit den geltend gemachten Belangen bezüglich der Orientierung zur Bestandsbebauung sowie des ruhenden Verkehrs auseinandergesetzt, und durch eine Entwurfsumstellung eine diesbezügliche Optimierung herbeiführen können. Entlang der Liegnitzer Straße sei nach der aktualisierten Planung nun eine Bebauung mit Einfamilien- und Doppelhäusern vorgesehen und entlang der neuen Planstraße das vorgestellte Mehrfamilienhaus-Ensemble. Dabei orientiere sich die Höhenentwicklung an dem Umgebungsmaß.

Auf Nachfrage von **Herr Stv. Loosz, SPD-Fraktion**, ob die Höhe der geplanten Mehrfamilienhausbebauung vergleichbar sei mit der vorhandenen Bebauung, merkt **Herr Professor Thomas**, dass die Bestandsbebauung (drei Geschosse mit Satteldach) eher höher sei.

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, ergänzt, dass durch die geplante Tagespflegeeinrichtung auch eine gewisse soziale Kontrolle erfolge.

#### **Fragen von Bürgern:**

**Herr Franz-Josef Schmidt, Liegnitzer Straße 1**, trägt vor, dass die meisten Bürger, die im dortigen Umfeld wohnen, die vorgestellte Bebauung nicht befürworten. Die Verwaltung nehme dabei aus seiner Sicht nicht ausreichend Rücksicht auf die Bestandsbebauung. Ein seniorengerechtes Wohnen könne man auch an anderer Stelle im Alsdorfer Stadtgebiet verwirklichen, auch werde die Problematik des ruhenden und fließenden Verkehrs durch die vorgesehene Bebauung intensiviert. Er bittet die Verwaltung und Mitglieder des Ausschusses darum, dem Willen der Bürger zu folgen.

**Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum**, verweist auf den heutigen Beschlussvorschlag mit der geänderten Planung. Insofern habe man sich keineswegs über die Meinung der Bürger hinweg gesetzt, sondern setze sich mit den vorgebrachten Argumentationen der Bürger gerade auseinander.

**Herr Roland Bittner, Pommernstraße 8**, schließt sich dem Vorredner inhaltlich an und betont, dass durch die Neupositionierung der Mehrfamilienhausbebauung die aus seiner Sicht bestehende Lärmproblematik nur verschoben worden sei und verweist auf den sehr begrenzten Parkraum.

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, macht darauf aufmerksam, dass der Unterschied der möglichen Zahl von Wohneinheiten bei ca. 10 sich in der verkehrlichen Relevanzbetrachtung kaum auswirke, besonders sei dabei auch die bisherige Nutzungsintensität aus den zwei Schulstandorten zu berücksichtigen. Der Wunsch nach zusätzlichem Parkraum sei in der aktualisierten Entwurfsfassung von der Verwaltung berücksichtigt worden.

**Herr Karl Frenzel, Liegnitzer Str. 24**, bemängelt die aus seiner Sicht zu beengte Zufahrtssituation zu dem neuen Baugebiet sowie schlechte Busanbindung in diesem Bereich. Er frage sich, warum ausgerechnet an dieser Stelle Mehrfamilienhäuser und nicht Einfamilienhäuser gebaut werden sollen.

**Frau Lo Cicero-Marenberg, technische Beigeordnete**, verweist mit Blick auf den Vorlageninhalt darauf, dass in den Bürgermeister-Ortsteilgesprächen 2012/ 2013 seitens der Bürgerschaft insbesondere aus Altersgründen die Wünsche und Bedarfe mitgeteilt wurden, barrierefreie Wohnungen in den einzelnen Stadtteilen anzubieten. Dieser Wunsch finden in den Bauleitplanverfahren seither entsprechende Berücksichtigung (siehe auch Ofden, Broicher Siedlung), zudem wurde daraufhin ein extra Rahmenplan Generationenwohnen erarbeitet.

**Frau Grabo, Liegnitzer Straße**, könne diese Mehrfamilienhausstruktur in einer Einfamilienhaussiedlung nicht befürworten, das Projekt sei von der Verkehrsstruktur nicht zu vergleichen mit der Situation in Herzogenrath und Würselen. Auch der zunehmende Verkehr durch den Wechsel des Personals des Pflegedienstes sei zu bedenken. Abschließend merkt sie an, dass die angegebenen Wohnungsgrößen - bis 62 m<sup>2</sup> - nicht für eine Familie geeignet seien.

**Herr Jan Schulze, Liegnitzer Straße 2**, spricht ebenfalls Bedenken wegen des hohen Verkehrsaufkommens im ruhenden wie fahrenden Verkehr durch die geplante Pflegeeinrichtung an. Er weist darauf hin, dass man das Eigenheim barrierefrei umbauen könne und somit brauche man nicht in eine solche barrierefreie Wohnung umziehen. Sein Eigentum, sei seine Rente und dort möchte er so lange, wie es geht leben. Danach könne man dann in einen Seniorenstift oder ähnliches umziehen.

**Der Vorsitzende Herr Stv. Plum**, weist in seiner Stellung als stellvertretender Bürgermeister darauf hin, dass er viele Senioren besuche und diese glücklich seien, wenn sie noch möglichst selbständig in geeigneten Wohnungen bzw. im betreuten Wohnen verbleiben könnten.

**Herr Schulze, Anwohner Siedlung Ost**, könne dieses Projekt auch nicht befürworten und merkt an, dass es aus seiner Sicht aufgrund des schlechten Bürgersteigzustandes für alte Leute mit Rollator/ Rollstuhl kaum möglich sei, die Gleiwitzer Straße in Richtung Stadt zu bewältigen.

**Herr Roland Bittner, Pommernstraße 8**, bittet darum heute keine Entscheidung zu treffen und nochmals die Bürger in Ost nach ihrer Meinung zu befragen.

**Herr Stv. Schmidt-Schwan, ohne Fraktion**, führt aus, dass die neue Planung in eine neue Bürgerbeteiligung gehen müsse und schlägt eine Umgestaltung der Wohnungen vor, da 60m<sup>2</sup> nicht familiengerecht seien.

Der **Vorsitzende Herr Stv. Plum** bestätigt, dass eine erneute Bürgerbeteiligung vorgesehen werde.

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, erklärt, dass die Stadt Alsdorf Wohnraum für Jung und Alt somit also für unterschiedliche Familiensituationen anbiete. Insofern werde in Ost ein gemischter Standort angeboten, der sowohl Einfamilien- und Doppelhausbebauung sowie Mehrfamilienhäuser vorsehe.

**Herr Prof. Thomas, GWG Städteregion Aachen**, führt aus, dass sowohl in Baesweiler wie auch in Herzogenrath in gewachsene Siedlungen hinein investiert wurde und dies vergleichbar sei mit der Situation in Alsdorf. Die GWG habe Wohnungen im Angebot, die bis zu 85 m<sup>2</sup> groß und damit auch familiengerecht seien. Zum Verkehr gibt er zu bedenken, dass auch die Einfamilienhausbebauung mit den heranwachsenden Teenagern und der Tendenz zu mehreren Fahrzeugen pro Haushalt zusätzliche Verkehre mit sich bringe.

**Herr Jakobi, Pommernstraße 6**, äußert Bedenken, dass man sich diese Wohnungen leisten könne und weist auf den ohnehin schon regen Verkehr durch die Ganztagschule der Grundschule hin.

**Herr Malecha, Grüne-Fraktion**, begrüßt die Änderungen der Planungsgrundsätze der Verwaltung. Positiv sehe er auch die Entwicklung des Geländes durch die GWG. Er könne andererseits aber auch den Unmut der Bürger verstehen. Die Grüne-Fraktion sei der Meinung, dass die Bebauung mit den altersgerechten Wohnungen eine sehr gute Sache sei. Jedoch könne man dies in Form kleinerer Wohneinheiten, wie barrierefreie Einfamilienhäuser, gestalten. Denn in diesem Bereich liege bereits eine gewisse Konzentration und der ÖPNV werde auch schlecht angedient. Die Grüne-Fraktion sehe, dass es noch Gesprächsbedarf seitens der Bürger gebe und bittet darum, mit den jetzigen Entwürfen in eine Bürgerbeteiligung laut BauGB zu gehen und formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, mit dem geänderten Entwurf –da schließe ich auch die Folien ein, die wir hier haben – eine erneute vorgezogene Bürgerbeteiligung durchzuführen und mit den Ergebnissen aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung nochmal im Ausschuss vorstellig zu werden.“

Dieser Beschlussvorschlag wird auch nochmal von **Herrn Stv. Heidenreich, Grüne-Fraktion**, unterstützt und begründet.

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, macht deutlich, dass es hier auch auf die grundsätzliche Entscheidung hinauslaufe, ob eine Mehrfamilienhausbebauung vorzusehen sei. Alle anderen geäußerten Bedenken bzgl. des ruhenden und fließenden Verkehrs, etwaigen Lärms etc. seien im Verfahren regelbar.

**Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum**, trägt vor, dass nochmals eine Bürgerbeteiligung vorgesehen werde, auch wenn der heutige Beschluss gefasst werde.

**Herr Prof. Thomas, GWG**, teilt die bisherige Zielvorstellung mit, noch in diesem Jahr den Bauantrag einzureichen und Mitte 2016 mit den Baumaßnahmen zu beginnen.

**Herr Schmidt, Liegnitzer Straße**, bittet darum, heute gegen die Beschlussfassung des Bebauungsplanes zu stimmen, so dass man dieses Verfahren neu aufrollen müsse, um dann erneut in eine Bürgerbeteiligung zu gehen.

**Herr Stv. Loosz, SPD-Fraktion**, bitte darum, die Sitzung für 5 Minuten zu unterbrechen, um das Ganze nochmal in der Fraktion beratschlagen zu können.

Hiergegen erheben sich keine Bedenken.

Nach der Unterbrechung geht es wie folgt weiter:

**Der Vorsitzende Herr Stv. Plum**, weist darauf hin, dass ein Bebauungsplanverfahren erst mit dem Ratsbeschluss abgeschlossen und verbindlich werde. Mit allen Entscheidungen, die im Verfahrensverlauf getroffen werden, wäre eine Einflussnahme auf das Verfahren möglich, insofern könne auch auf heutiger Basis die Entscheidung für die erneute Bürgerbeteiligung in Ost getroffen werden.

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, schlägt aufgrund der vorgegangenen Diskussion vor, den Beschlussvorschlag explizit um den Punkt c) mit folgender Formulierung zu erweitern:

- c) beauftragt die Verwaltung mit einer erneuten vorgezogenen Bürgerinformationsveranstaltung.

**Herr Stv. Mortimer, ABU-FDP-Fraktion**, stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu.

**Herr Malecha, Grüne-Fraktion und Herr Schmidt-Schwan, Fraktionslos**, bitten um Abstimmung des von der Grüne-Fraktion formulierten Beschlussentwurfes, da sie dem Beschlussvorschlag c) der Verwaltung nicht zustimmen könnten.

**Herr Stv. Loosz** erklärt, dass die Ergänzung um Punkt c) die Zustimmung der **SPD-Fraktion** finde. Der Bürgerwille sei mit dieser Ergänzung genauso berücksichtigt, da in der erneuten Bürgerbeteiligung Änderungen der Bürger eingebracht werden können.

**Der Vorsitzende Herr Stv. Plum,** lässt zunächst über den folgenden Antrag der Grüne-Fraktion abstimmen:

„Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, mit den geänderten Entwürfen eine erneute Bürgerversammlung durchzuführen und die Ergebnisse in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vorzulegen.“

Dieser Vorschlag wird mit Mehrheit (2 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen) abgelehnt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

- a) beschließt, nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung, die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe.
- b) billigt den überarbeiteten städtebaulichen Entwurf (**Anlage der Originalniederschrift**) zum Bebauungsplan Nr.336 – Pommernstraße –.
- c) beauftragt die Verwaltung mit einer erneuten vorgezogenen Bürgerinformationsveranstaltung.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen)

---

zu 7      **Widmung eines Teilbereiches der "Franz-Engländer-Straße"**  
Vorlage: 2015/0368/4.1

---

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die Verlängerung der Franz-Engländer-Straße bis zum Wendehammer gemäß § 6 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – StrWG NRW – als Gemeindestraße, Straßengruppe: Anliegerstraße, die Verbindung des Wendehammers bis zum Spielplatz als Fußgängerbereich und den im Bebauungsplan Nr. 181 ausgewiesene Platz dem öffentlichen Verkehr zu widmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

---

zu 8      **Anfragen und Mitteilungen**  
Vorlage: 2015/0411/1.1

---

**Protokoll:**

**Anfragen:**

**Anfrage des Herrn Stv. Offermanns, CDU-Fraktion, bzgl. Beleuchtung Goethestraße**

Auf Nachfrage von **Herr Stv. Offermanns, CDU-Fraktion**, zur Erweiterung der Beleuchtung Goethestraße, verweist **Herr Göttgens, FB 4** auf den Beginn im Frühjahr 2016. Entsprechende Angebote lägen vor und die Aufträge seien bereits erteilt. Seitens der Verwaltung seien noch einige Schäden und weitere Maßnahmen in diesem Bereich festgestellt worden.

## **Schriftliche Anfrage der Grüne-Fraktion Sachstand des Bebauungsplanes 319 – Prämienstraße Ost.**

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg,** trägt zu der Fraktionsanfrage der Grüne-Fraktion zum Sachstand des Bebauungsplanes 319 – Prämienstraße Ost vor:

1. Wer ist Eigentümer des Grundstückes?

Diese Frage könne im öffentlichen Teil der Sitzung nicht beantwortet werden.

2. Liegt der Verwaltung eine Bauvoranfrage bzw. ein Bauantrag vor?

Dies wird verneint. Es habe jedoch ein Eigentümerwechsel des Grundstückes stattgefunden und die Abbruchgenehmigung liege vor. Der neue Eigentümer des Grundstückes habe der Verwaltung angezeigt, dass voraussichtlicher Abbruchbeginn im Januar kommenden Jahres sei.

3. Falls nein, inwieweit gibt es auf Seiten der Verwaltung Überlegungen in Absprache mit dem Eigentümer, dass das gesamte Umfeld sicherer und ansehnlicher wird?

Diese Frage erübrige sich mit dem angezeigten Abbruch der Häuser. Die Verwaltung gehe davon aus, dass mit dem neuen Eigentümer, der an einer Verwertung des Grundstückes ein wirtschaftliches Interesse habe, eine neue Bebauung zügig stattfinden werde. Der Bebauungsplan sehe an dieser Stelle eine vier- bis fünfgeschossige Bebauung vor. Sobald Antragsunterlagen bei der Verwaltung vorliegen, werde der Ausschuss für Stadtentwicklung weiter informiert.

**Herr Stv. Heidenreich, Grüne-Fraktion,** erkundigt sich mit Verweis auf den desolaten Zustand der Gebäude, ob schon Gespräche mit dem neuen Eigentümer wegen Sicherungsmaßnahmen an den Gebäuden stattgefunden haben.

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg,** merkt an, dass sie erst heute etwas Schriftliches über den Bauherren-/ Eigentümerwechsel erhalten habe und dies nicht Gesprächsinhalt mit dem neuen Eigentümer gewesen sei, zumal dieser der Verwaltung gegenüber geäußert habe, zügig mit dem Abbruch zu beginnen. Alles weitere werde seitens der Bauaufsicht mit dem neuen Eigentümer geklärt und der Ausschuss weiter informiert..

**Herr Malecha, Grüne-Fraktion,** bittet darum, die Gebäude dokumentarisch zu archivieren, da sie als eine der ersten Bergarbeitersiedlungen errichtet wurden.

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg,** weist darauf hin, dass eine solche Dokumentation der Gebäude vorliege.

## **Mitteilungen**

### **Grundwasserüberwachung in Alsdorf-Blumenrath**

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, verliest eine Mitteilung hinsichtlich der Grundwasserüberwachung in Alsdorf-Blumenrath, die auch im Umweltausschuss der Städteregion behandelt worden sei. Danach sei beabsichtigt, im Bereich der ehemaligen Deponie Blumenrath einen Brunnen, der sich in der Beprobung seit 2007 unauffällig dargestellt habe, künftig aufzugeben und an der Stelle des Brunnens zwei Grundwassermessstellen zu installieren. Die Stadt Alsdorf sei beteiligt worden und habe keine Einwände.

Der dort vorhandene zweite Brunnen solle weiter aktiv betrieben und beobachtet werden.

**Herr Stv. Heidenreich, Grüne-Fraktion**, ergänzt, dass der Brunnen 1 nur stillgelegt und nicht beseitigt werde.

**Herr Stv. Offermanns, CDU-Fraktion**, fragt nach, wann die Erweiterung der Beleuchtung Goethestraße umgesetzt werde.

**Herr Göttgens, FB 4**, erklärt, dass der erste Teil im Frühjahr 2016 umgesetzt werde. Die Angebote liegen vor und die Aufträge seien bereits erteilt. Seitens der Verwaltung wurden noch weitere Schäden und notwendige Erweiterungen der Straßenbeleuchtung in diesem Bereich festgestellt.

### **Schriftliche Anfrage der Grüne-Fraktion Sachstand des Bebauungsplanes 319 – Prämienstraße Ost.**

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, verliest die Fraktionsanfrage der Grüne-Fraktion zum Sachstand des Bebauungsplanes 319 – Prämienstraße Ost.

1. Wer ist Eigentümer des Grundstückes?

Diese Frage könne im öffentlichen Teil der Sitzung nicht beantwortet werden. Der Verwaltung liege noch

2. Liegt der Verwaltung eine Bauvoranfrage bzw. ein Bauantrag vor.

Nein es liegt noch keine Bauvoranfrage oder –antrag vor. Es habe jedoch ein Eigentümerwechsel des Grundstückes stattgefunden und die Abbruchgenehmigung liegt vor. Der neue Eigentümer des Grundstückes habe der Verwaltung angezeigt, dass voraussichtlicher Abbruchbeginn im Januar kommenden Jahres sei.

3. Falls nein, inwieweit gibt es auf Seiten der Verwaltung Überlegungen in Absprache mit dem Eigentümer, dass das gesamte Umfeld sicherer und ansehnlicher wird.

Diese Frage erübrigt sich mit dem geplanten Abbruch der Häuser.

Die Verwaltung gehe davon aus, dass mit dem neuen Eigentümer, der an einer Verwertung des Grundstückes ein wirtschaftliches Interesse habe, eine neue Bebauung stattfinden werde. Der Bebauungsplan sehe an dieser Stelle eine vier- bis fünfgeschossige Bebauung vor. Sobald die Antragsunterlagen der Verwaltung vorliegen, werde der Ausschuss für Stadtentwicklung hierüber informiert.

**Herr Stv. Heidenreich, Grüne-Fraktion**, weist auf den desolaten Zustand der Gebäude hin und ob schon Gespräche mit dem neuen Eigentümer wegen Sicherungsmaßnahmen an den Gebäuden stattgefunden haben.

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, merkt an, dass sie erst heute die Nachricht über den Bauherrenwechsel bekommen habe und noch keine Gespräche bzgl. der Sicherheit stattgefunden habe. Die einzige Frage, die angesprochen wurde, war, wann er den Abbruch beabsichtige. Alles weitere werde die Bauaufsicht mit dem neuen Eigentümer klären und der Ausschuss weiter informiert werden.

**Herr Malecha, Grüne-Fraktion**, bittet darum, die Gebäude dokumentarisch zu archivieren, da sie als eine der ersten Bergarbeitersiedlungen bundesweit errichtet wurden.

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, weist darauf hin, dass eine solche Dokumentation der Gebäude vorliege.

## **Mitteilungen**

**Die technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg**, verliest eine Mitteilung hinsichtlich der Grundwasserüberwachung in Alsdorf-Blumenrath. Das sei im Unterausschuss der Städteregion behandelt worden. Diese beabsichtigt in dem Bereich der ehemaligen Deponie Blumenrath einen Brunnen, der sich in der Beprobung seit 2007 unauffällig dargestellt hat, künftig aufzugeben und an der Stelle des Brunnens zwei Grundwassermessstellen zu installieren. Die Stadt Alsdorf sei beteiligt worden und habe keine Einwände.

Der zweite Brunnen, den es dort gibt, solle weiter aktiv betrieben und beobachtet werden.

**Herr Stv. Heidenreich, Grüne-Fraktion**, ergänzt, dass der Brunnen 1 nur stillgelegt und nicht beseitigt werde.

Gez. Plum  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Stadtentwicklung

gez. Geßner  
Schriftführerin